

Es geht darum, Grundlagen für interkommunale

Kooperationen zu schaffen

Interview mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Michael Strugl

OÖGZ:

Sie sind bereits seit 2013 Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung. Was ist in der aktuellen Funktionsperiode anders als früher?

Landeshauptmann-Stv.:

Während der aktuellen Funktionsperiode hat es eine Regierungsumbildung gegeben und damit auch eine Veränderung der Zuständigkeiten in der Landesregierung. Was meine Zuständigkeitsbereiche betrifft, so ist damit ein relativ umfangreiches Standortressort entstanden. Dieses Ressort weist eine sehr breite Bündelung von Kompetenzen auf, die aus unserer Sicht standortrelevant sind und das ist natürlich für mich jetzt auch die Herausforderung, diese Aufgabenfülle effizient zu bewältigen.

OÖGZ:

Sie sind als „Standortreferent“ für die zentralen Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Forschung, Wissenschaft, Energie, Tourismus, Raumordnung, Landesholding, Europa und Sport zuständig. Ein Mammutressort?

Landeshauptmann-Stv.:

Es ist ein großes Ressort, das es in dieser Aufgabenfüllung bis jetzt noch nicht gegeben hat, aber das ist auch ein Ausfluss unserer Strategie. Wir wollten, dass die wesentlichen Komponenten, die für die Standortpolitik relevant sind, in einem solchen Ressort gebündelt werden. Denn mit diesem Standortressort kann Politik aus einem Guss gemacht werden und es werden nicht durch eine Zersplitterung der Zuständigkeiten und Aufteilung auf unterschiedliche Ressourcen und Regierungsmitglieder hier Schnittstellen geschaffen, die wiederum gesondert gemanagt werden müssen und dann möglicherweise auch zu Reibungsverlusten führen können.

OÖGZ:

Der Energiebereich wurde und wird heftig diskutiert. Stichworte neue Energiestrategie und 110kv-Leitungen. Wohin geht hier der Weg in Oberösterreich?

Landeshauptmann-Stv.:

Die Energiestrategie muss ja auch in die Standortstrategie integriert sein, weil Energie ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes ist. Daher haben wir auch bei der Evaluierung der bestehenden Energiestrategie einen Fokus darauf gelegt, was ein Industriestandort wie Oberösterreich auch energiepolitisch in diesem Bereich braucht. Zusammengefasst wird auf der einen Seite der Fokus auf die Transformation des Energiesystems von fossilen auf erneuerbare Energieträger gelegt. Das drückt sich beispielsweise auch in der Förderpolitik aus, die ebenfalls neu ausgerichtet worden ist. Da wir das energieintensivste Bundesland sind, aufgrund unserer wirtschaftlichen Struktur mit sehr energieintensiven Industrien am Standort, sind für uns auch das Thema Versorgungssicherheit sowie leistbare Energie wichtig. Deswegen muss ein zentraler Hebel die Energieeffizienz sein, das heißt, wir müssen aufgrund dieser energieintensiven Ausrichtung diejenigen sein, die am effizientesten und am intelligentesten mit Energie umgehen. Das heißt, wir wollen eine

Leitregion für Energieeffizienz werden. Was wiederum bedeutet, dass wir durch den Einsatz von neuen Technologien dieses Effizienzziel erreichen wollen. Dabei streben wir auch die Technologieführerschaft in diesem Bereich an, beispielsweise durch mehr Forschung, und wollen so auch wirtschaftlich Chancen generieren, weil es in Oberösterreich bereits viele Unternehmen gibt, die hier schon sehr erfolgreich sind.

OÖGZ:

Für heftige Diskussionen auch in den Gemeinden sorgt die geplante Reform des Tourismusgesetzes. Was ist hier für den Gemeindebereich zu erwarten?

Landeshauptmann-Stv.:

Diese Strukturveränderung, die dann auch in einem neuen Tourismusgesetz legislativ formuliert wird, ist Teil einer neuen Strategie im Tourismus. Dazu zählen neue Marktstrategien unter der Überschrift „Internationalisierung“, das heißt, wir peilen auch neue Märkte an, weil wir sehen, dass beispielsweise aus Asien immer mehr Gäste zu uns kommen und dort ein Potential vorhanden ist, aber auch aus Ländern wie beispielsweise Polen oder Slowakei. Gerade auch im Winter gibt es hier Chancen für die öö. Tourismuswirtschaft. Ein weiterer Ansatzpunkt ist der große Trend der Digitalisierung, denn hier ist der Tourismus ein Frontrunner, praktisch überall informieren sich die Gäste zunächst online und es wird dann auch online gebucht und hier entstehen neue Geschäftsmodelle. Und diesen Entwicklungen und Strategien müssen dann auch die Strukturen folgen. In Oberösterreich gibt es rund ein Viertel aller Tourismusverbände österreichweit. Wir haben wesentlich mehr Tourismusverbände als klassische Tourismusländer wie Salzburg oder Tirol. In Niederösterreich gibt es überhaupt nur 5 Tourismusverbände, bei uns 104. Und davon sind 86 Tourismusverbände solche, die aus einer einzigen Gemeinde bestehen. Die anderen sind mehrgemeindige Tourismusverbände, die hervorragend funktionieren in den verschiedenen Regionen des Landes, vom Salzkammergut bis zum

Mühlviertel. Wenn man marktfähige Strukturen schaffen will, dann braucht man auch entsprechende kritische Größen und nicht unterkritische. Deswegen möchte ich auch mit einem neuen Gesetz größere Einheiten schaffen, das heißt, die eingemeindigen Tourismusverbände sollen mit anderen kooperieren und sich zu größeren Einheiten zusammenschließen. Das betrifft dann letztlich natürlich auch die Gemeinden. Der zweite Punkt, wo die Gemeinden betroffen sind, das ist das Finanzierungssystem. Das heißt, wir wollen alle tourismusrelevanten Abgaben, sowohl die I-Beiträge als auch die Tourismusabgabe; in Zukunft von einer Stelle zentral einheben und auch kontrollieren lassen. Das ist ja derzeit aufgeteilt. Das wird auch im neuen Gesetz dann neu geregelt, womit wir auch einem Wunsch der Gemeinden entsprechen. Dazu kommen innovative Elemente wie ein Innovationspool, um nur die wichtigsten Änderungen hier anzusprechen.

OÖGZ:

Ein weiterer Schlüsselbereich aus kommunaler Sicht ist die Raumordnung. Was sind in diesem Bereich Ihre zentralen Zielsetzungen?

Landeshauptmann-Stv.:

Wir wollen noch stärker die übergeordnete und überörtliche Raumordnung intensivieren. Ich habe jetzt einmal ein Landesraumordnungsprogramm auf den Weg gebracht, das das gesamte Landesgebiet auch hinsichtlich seiner funktionalräumlichen Strukturen betrachtet. In weiterer Folge plane ich dann auch ein Landesentwicklungsprogramm. Worum soll es da gehen: Ziel ist es, dort, wo strukturell und räumlich funktional Kleinregionen identifiziert werden können, die auch Spezialisierungen hervorbringen können und regionale Stärken entwickeln, diese auch in der Raumordnungspolitik entsprechend abzubilden und dann in weiterer Form auch in die Förderprogramme bis hin zur europäischen Ebene zu integrieren. Das heißt, es geht darum, Grundlagen für interkommunale Kooperationen auch durch Instrumente der Raumordnung zu

schaffen und das geschieht auf der einen Seite durch das Landesraumordnungsprogramm und auf der anderen Seite durch ein darauf aufbauendes Landesentwicklungsprogramm. Das heißt, neben der örtlichen Raumordnung wird ein sehr starker Fokus jetzt auch auf die interkommunale und überörtliche und regionale Ebene gelegt. Ich glaube, hier haben wir noch Nachholbedarf, auch was Planung betrifft und das wird mit diesen Instrumenten dann auch gewährleistet.

OÖGZ:

Seit kurzem haben Sie auch die Funktion als Landeshauptmannstellvertreter inne. Was bedeutet das für Sie?

Landeshauptmann-Stv.:

In formaler Hinsicht die Vertretung des Landeshauptmannes dort, wo es an mich übertragen wird oder notwendig ist. Dazu kommt natürlich auch materiell ein höheres Maß an Verantwortung. In der Zusammenarbeit bedeutet das eine sehr enge Abstimmung mit dem Landeshauptmann, weil es ja nicht nur um die fachlichen Ressortbereiche geht, sondern auch um eine integrierte, gesamthafte politische Planung und das ist natürlich auch mit dieser Funktion verbunden.

OÖGZ:

Intensiv diskutiert wird seit geraumer Zeit auch das Thema Gemeindefusionen. Wie stehen Sie persönlich dazu?

Landeshauptmann-Stv.:

Ich glaube, dass Gemeindefusionen dort, wo sie strukturiert vorbereitet werden und auch von der Akzeptanz her getragen sind, ein großes Potential haben. Es gibt ja einige Beispiele in

jüngster Zeit in Oberösterreich, wo das sehr gut umgesetzt wurde. Problematisch ist eine von oben verordnete Fusion, weil dann ganz wesentliche Elemente dieser Zusammenarbeit nicht gewährleistet sind. Wenn man das daher nicht machen kann, dann braucht es andere Formen der Kooperation in den unterschiedlichsten Bereichen. Und jetzt bin ich wieder bei der Raumordnung. Wir wollen mit diesen Kleinregionen und mit dieser sehr regionalen Spezialisierung die Voraussetzung dafür schaffen, dass auf den verschiedensten fachlichen Ebenen zwischen den Kommunen kooperiert werden kann. Das halte ich für einen guten Schritt in diese Richtung. Wenn dann am Ende des Tages sogar Fusionen zwischen Gemeinden entstehen, dann umso besser. Aber natürlich müssen dafür die Voraussetzungen geschaffen werden und das streben wir hiermit auch an.

OÖGZ:

Der Bund möchte für 20.000 Langzeitarbeitslose insbesondere auch im kommunalen Bereich neue Arbeitsplätze schaffen. Wie ist das mit der Arbeitsmarktstrategie auf Landesebene abgestimmt?

Landeshauptmann-Stv.:

Abgestimmt ist es überhaupt nicht, sondern der Bund hat das von oben herab beschlossen. Für mich gibt es in diesem Bereich noch sehr viele offene Fragen, wie das in der Praxis funktionieren soll. Es ist jetzt für Oberösterreich einmal eine Art Pilotmodell im Bereich Linz und Urfahr vorgesehen. Aber wie gesagt, es stellen sich in dem Zusammenhang viele Fragen: Nämlich, was tut man dann nach dieser Phase, in der der Bund als Finanzier zur Verfügung steht? Und vor allem, ist das integrierbar in eine Arbeitsmarktpolitik, in der so wie in Oberösterreich im Pakt für Arbeit und Qualifizierung schon jetzt ein Fokus auf die Gruppe 50+ gelegt wird, weil wir ja wissen, dass dort der Problemdruck am größten ist. Also wie gesagt, mit uns hat man das nicht abgestimmt und dementsprechend viele Fragezeichen gibt es noch.

OÖGZ:

„Deregulierung“ wird seit Jahren gefordert. Wo müsste man Ihrer Ansicht nach in Ihrem Ressort ansetzen?

Landeshauptmann-Stv:

Es gibt auch in meinem Ressort einige Deregulierungsprojekte, vom Energiesektor bis hin zu den Betriebsanlagen-Genehmigungsverfahren. Wir haben zwar die Situation, dass ungefähr 80 % des Regelungsbestands Bundesrecht ist. Das ändert aber nichts daran, dass es dann immer noch Landesnormen gibt, die wir auch entsprechend durchforsten müssen. Und wir dürfen nicht vergessen, die Vollziehung liegt ja letztlich auch bei uns. Das heißt, an diesen beiden Schrauben kann man drehen. Ziel muss sein, dass die Verfahren schneller und einfacher werden, aber mir ist klar, das ist ein ständiger Auftrag, weil ja auch die Normensetzung permanent passiert, beginnend von der europäischen Ebene, aber letztlich dann auch bis zur kommunalen Ebene. Das heißt, der Bestand an Normen, so realistisch sehe ich das, wird in der Summe nicht wirklich weniger werden. Es kommt daher sehr darauf an, in welcher Qualität wir das regeln. Daher ist der Ansatz in Oberösterreich auch, Gesetze auf Zeit zu machen, um dann zu sehen, was hat sich bewährt und was nicht. Auch eine Bündelung von Zuständigkeiten ist wesentlich, wie es jetzt im Bereich der Betriebsanlagenverfahren vorgesehen ist. Aber das muss man aber auch so sauber regeln, sodass es dann auch funktioniert.

OÖGZ:

Zum Schluss eine persönliche Frage: was mögen Sie an Ihrer Arbeit ganz besonders und was gar nicht?

Landeshauptmann-Stv.:

Das, was ich an meiner Arbeit mag, ist diese enorme Bandbreite. Es ist wirklich die spannendste Aufgabe, die man haben kann, in diesem breiten Spektrum gestalten zu können. Diese Gestaltungsaufgabe ist etwas, das reizt und motiviert und wenn man selber auch umsetzen und dann auch Erfolge sehen kann, so ist das natürlich das Schöne an dieser Aufgabe. Was ich grundsätzlich nicht mag, ist jede Form des Populismus.

OÖGZ:

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter – herzlichen Dank für das Interview.